

NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag

„Aktionsplan Klima und Energie“; Antrag CDU/SPD Drs 4/14655 und
„Handwerk und Gewerbe fördern: 100 Prozent Erneuerbare Energien in
Sachsen“; Antrag B90/Grüne Drs 4/15425

Herr Präsident,
meine Damen und Herren,

der vorliegende Antrag zum Aktionsplan Klima und Energie, der der Feder der Koalitionsfraktionen entsprungen ist, ist genau wie der Aktionsplan selbst nichts weiter als zeitraubender Murks.

Daß sich die Regierungsfractionen bisher nicht auf eine Neufassung des Energieprogramms für Sachsen einigen konnten und statt dessen mit einem halbseidenen „Aktionsplan“ aufgewartet haben, ist für sich schon schlimm genug. Daß dieser Aktionsplan nun aber nach gerade einmal zwei Jahren „evaluiert“ werden soll, ist vollkommen überflüssig.

Ohnehin sind wesentliche Teile des Aktionsplanes keineswegs neu und oft schlicht und ergreifend klimatisch gesehen positive Effekte der allgemeinen Politik, des technologischen Fortschritts oder der Preisentwicklung bei den Energieträgern auf dem Weltmarkt. Also ein eigentlich selbstverständlicher Bestandteil der Landespolitik. Oder sie sollten es zumindest sein.

Es erschließt sich uns nach wie vor nicht, warum im Aktionsplan keine Zielvorgaben wie beispielsweise bei der Quote der erneuerbaren Energien festgeschrieben wurden. Im wesentlichen ist auch kein Zeitrahmen für das Erreichen der Ziele genannt, und wenn, dann wurden die Zeiträume viel zu weitläufig gefaßt.

Wenn man sich den heute vorliegenden Antrag von CDU und SPD anschaut, zeigt sich deutlich, welchen Stellenwert die Energiepolitik bei den Koalitionsfraktionen einnimmt. Es wird viel geredet und getan wird nichts. Die sogenannten erfolgreich umgesetzten Maßnahmen des Aktionsplanes sind allesamt bereits früher begonnen worden und eigentlich selbstverständlich. Zudem ist es für meine Fraktion nicht erkennbar, wie Sie beispielsweise zwei Bürgersolarkraftwerke als durchschlagenden Erfolg eines Aktionsplanes bezeichnen können. Wenn wir inzwischen Hunderte solcher Kraftwerke hätten, dann wäre es sicher ein Erfolg, den wir auch anerkennen würden, aber zwei solcher Kraftwerke sind für uns nichts weiter als kleine Lichtblicke in völliger Dunkelheit.

Angesichts solcher Jubel-Anträge kommen wir zu dem Schluß, daß die Politik der Koalition inzwischen in weiten Teilen der Informationspolitik der untergegangenen DDR in den letzten Jahren vor dem Zusammenbruch gleicht. Dort wurde der Neubau eines Buswartehäuschens jubelnd gefeiert, obwohl an anderer Stelle ganze Straßenzüge in sich zusammenfielen.

Zu den einzelnen Antragspunkten nur soviel:

Punkt 1 – wie der Aktionsplan bisher umgesetzt wurde - kann ich Ihnen beantworten:

Zu Langsam!

Punkt 2 – welche Effekte schon feststellbar sind - kann ich Ihnen auch beantworten:

Zu wenige!

Und zu Punkt 3 – welche Modifikationen möglicherweise an dem Plan zukünftig vorzunehmen sind – auch:

Eine ganze Menge! Benennen Sie konkrete Ziele und einen festen Zeitrahmen und beginnen Sie zu handeln anstatt zu reden.

Den Antrag der Grünen zur Ausgestaltung der zukünftigen Energiepolitik wird von unserer Fraktion inhaltlich mitgetragen. Wir sind uns dabei sehr wohl bewußt, daß es sich um ehrgeizige Ziele handelt, es ist aber Sinn und Zweck einer zukunftsorientierten Politik, hohe Ziele zu formulieren.

Daß neben dem Gedanken des Klimaschutzes auch arbeitsmarktpolitische Ziele im Bereich der erneuerbaren Energien im Vordergrund des Antrages stehen, begrüßen wir besonders. In Zeiten der Wirtschaftskrise steckt im Aufbau einer zukunftsorientierten Energiewirtschaft ein erhebliches Potential, denn unser Land kann es sich nicht leisten, Jahr für Jahr Milliarden Euro für fossile Energieträger aus dem Land fließen zu lassen oder bei heimischen Energieträgern das Geld in die Kassen ausländischer Konzerne zu stecken. Deshalb bedarf es einer schnelleren Umstellung auf erneuerbare Energien und eine dezentrale Erzeugungsstruktur, deren Wertschöpfung allen zugute kommt.

Ein Umsteuern in der sächsischen Energiepolitik ist längst überfällig, um die vorhandenen Ressourcen zu schonen und den Anforderungen des Klimaschutzes gerecht zu werden. Nicht zuletzt aber auch, um Arbeitsplätze zu schaffen und die Abhängigkeit von Energieimporten zu senken.

Wir als NPD schließen uns dem Antrag der Grünen an, weil er genau in die Kerbe schlägt, die wir schon vorgeschlagen haben.

Wir werden dem vorliegenden Antrag der Grünen zustimmen. Den Antrag der Koalitionsfraktionen lehnen wir selbstverständlich ab.

(RB)